# *Weitere Lesermeinungen aus dem Kanton Zug*

**Zur Neutralitätsinitiative**

Da wird uns auf Plakaten und Inseraten suggeriert, mit der Neutralität in der Verfassung hätten wir keinen Krieg zu befürchten. Was für ein Blödsinn!

Mein Jahrgangskollege vom Zürichsee behauptet zudem keck, dass die Schweiz nur wegen der Neutralität in den Weltkriegen verschont worden sei. Das ist Geschichtsverbiegung erster Güte zu ideologischen Zwecken und hält einer differenzierten Beurteilung nicht stand. Nehmen wir nur den zweiten Weltkrieg. Da hört man von den Neutralitätsaposteln nichts von den Verdiensten unserer Armee, nichts vom Widerstandswillen der Schweizer Bevölkerung, auch nichts von den Waffenlieferungen an Nazideutschland, nichts von den Absprachen von General Guisan mit den Franzosen, andererseits auch nichts von Zurückweisung von Flüchtlingen an der Schweizer Grenze, nichts vom Judenstempel, nichts von der erlaubten Nutzung der Gotthardbahn durch Deutschland, nichts von den nächtlichen Überflügen ganzer Bomberflotten über die Schweiz nach Italien und zurück (die auch der vierjährige Christoph gehört haben dürfte), nichts vom Überfall auf die neutralen Staaten Belgien und Holland, nichts von der Angriffsplanung «Tannenbaum» von Nazi-Deutschland gegen die Schweiz und der Gründe, warum sie nicht ausgeführt wurden. Es waren letztlich eine Vielzahl von Faktoren, die dazu beitrugen, dass die Schweiz nicht in den Krieg gezogen wurde. Die Neutralität allein war es beileibe nicht. Aber das wissen offenbar viele nicht – oder wollen es nicht wissen. Für alle anderen empfiehlt sich, diese unselige Initiative abzulehnen.

**Carlo von Ah, Zug**

**Zur Klimapolitik**

Der Sommer 2026 mit seinen heissen Monaten Juni, Juli und August hat vielen von uns vor Augen geführt, wie stark sich unsere Siedlungsgebiete aufheizen und wie schlecht sie sich abkühlen. Deshalb haben wir Grünen Risch-Rotkreuz eine Motion zur Entsiegelung von asphaltierten und betonierten Flächen eingereicht. Wir fordern ein Programm für gemeindeeigene Flächen, kombiniert mit einem Entsiegelungsfonds, der auch private Grundeigentümerinnen und -eigentümer finanziell berücksichtigt. Das ist für uns Realpolitik mit konkreten Massnahmen im Sinne der gemeindlichen Klimastrategie. Risch muss dabei das Rad nicht neu erfinden, sondern kann von bewährten Modellen in Luzern oder Zollikon profitieren.

**Nerina Itin, Kantonsratskandidatin ALG, Rotkreuz**

**Zum Artikel «Zug stimmt über Villa-Kauf ab» vom 16. September**

1688 Zugerinnen und Zuger haben die Initiative Villa Unterer Frauenstein unterschrieben. Sie wollen an der Urne darüber entscheiden, ob sich die Stadt dieses Grundstück mit Seezugang sichern soll. Ein demokratisches Anliegen und eines, das dieser Rat im Februar quer durch die Parteien selbst verlangt hatte: Über ein Geschäft dieser Tragweite solle das Stimmvolk befinden. Umso befremdlicher, dass ein Teil der bürgerlichen Ratsmitglieder an der letzten Sitzung versuchte, die Initiative zurückzuweisen und ein weiteres juristisches Gutachten zu ihrer Gültigkeit zu verlangen. Dies, obwohl der Stadtschreiber im Rat unmissverständlich festhielt, dass der Grosse Gemeinderat selbst über die Gültigkeit entscheidet und dass hier «in dubio pro populo» gilt: Im Zweifel spricht die Vermutung für die Gültigkeit. Eine Initiative darf nur für ungültig erklärt werden, wenn ihre Rechtswidrigkeit klar und eindeutig feststeht. Davon kann keine Rede sein: Der Stadtrat selbst erklärt die Initiative auf acht Seiten für vollumfänglich gültig. Worum ging es also wirklich? Um Zeit. Der Kaufrechtsvertrag läuft nur bis Dezember. Ein zusätzliches Gutachten hätte die Abstimmung im November verunmöglicht – und damit die Initiative faktisch ins Leere laufen lassen. Verzögerung unter dem Deckmantel der Rechtmässigkeit. Zum Glück stimmten am Ende nur 13 bürgerliche Ratsmitglieder der Rückweisung zu. So konnte inhaltlich beraten werden, und nun entscheidet, wer entscheiden soll: die Stimmbevölkerung. Man darf zu diesem Kauf durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Aber eine legitime Initiative mit formalen Kniffen auszubremsen, statt sie dem Volk vorzulegen, das hat in meinen Augen nichts mit fairem Umgang zu tun. Nun hoffe ich, dass dem Kauf im November zugestimmt wird und dass die Villa Unterer Frauenstein bald von der Zuger Bevölkerung genutzt werden kann.

**Jérôme Peter, Fraktionschef SP, GGR Zug**

**Zur Entwicklung der Gemeinde Cham**

Seit über 50 Jahren bin ich in Cham zu Hause und habe erlebt, wie sich unsere Gemeinde weiterentwickelt hat. Dabei zeigt sich immer wieder: Gute Lösungen entstehen, wenn Menschen Verantwortung übernehmen und gemeinsam handeln. Ob in Vereinen, Unternehmen, Kommissionen, in der Nachbarschaft oder an Anlässen wie das Villette-Fäscht. Überall sehen wir, was gemeinsames Engagement bewirken kann. Als Vater und Grossvater, Unternehmer und langjähriger IT-Projektleiter bin ich überzeugt: Unsere Zukunft entsteht durch die Ideen, Erfahrungen und das Engagement von uns allen. Die Politik soll gute Rahmenbedingungen schaffen, damit solche Ideen aufgenommen und umgesetzt werden können. In den kommenden Jahren stehen wir vor wichtigen Aufgaben. 1. Mehr Wohnraum durch eine sorgfältige Verdichtung an geeigneten Orten. Zudem sollen Menschen, die eine grössere oder kleinere Wohnung suchen, einfacher zusammenfinden. 2. Mehr lokale und erneuerbare Energie. Solarstrom, der in Cham produziert wird, soll möglichst auch hier genutzt werden. 3. Ein gut zugängliches Netz von Ladestationen für Elektroautos in Cham. 4. Eine sichere und gut geplante Mobilität. Fussgänger, Velos, öffentlicher Verkehr und Autos sollen sinnvoll aufeinander abgestimmt sein. Klare Trennung von Verkehrswegen, aber auch die gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen und Infrastruktur fördern. 5. Umfassende digitale Dienstleistungen der Gemeinde, die Bevölkerung und Unternehmen Zeit sparen. Dies mit Bedacht, so dass auch Menschen mit weniger digitaler Affinität nicht vergessen gehen. Ich stehe für eine Politik, die den Menschen zuhört zum Mitmachen ermutigt. Dazu gehört, unterschiedliche Interessen zusammenzubringen und auf der Grundlage von Fakten Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen sollen zügig umgesetzt und anschliessend laufend auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. In Cham gibt es viel Wissen, Erfahrung und Bereitschaft zum Engagement. Nutzen wir dieses Potenzial. Gute Ideen entstehen im Gespräch und durch eine Zusammenarbeit, bei der verschiedene Sichtweisen Platz haben. Wenn wir gemeinsam Verantwortung übernehmen und offen für neue Ideen bleiben, kann Cham auch für unsere Kinder und Enkel ein lebenswerter, moderner und nachhaltiger Ort bleiben.

**Roger Pitton, Kandidat Gemeinderat und Kantonsrat GLP, Cham**

**Zu den Regierungsratswahlen und zum freiwilligen Proporz**

Nicht «die Bürgerlichen» haben ihr Versprechen gebrochen, sondern die Mitte und die FDP», so konterte SVP-Kantonalpräsident Philip C. Brunner in einer Replik meinen Leserbrief vom 12. August 2025. Damals hatte ich im Nachgang der Regierungsratsersatzwahl meinem Bedauern über die Nichtwahl von ALG-Kandidat Andreas Lustenberger und Unmut über die Rolle der «bürgerlichen Parteien» Ausdruck verliehen. Sie hatten nach der Abschaffung des Proporzwahlsystems 2013 indirekt versprochen, mit dem «freiwilligen Proporz» und «Köpfe statt Parteien» in Zug dennoch für eine Regierung zu sorgen, welche alle Farben der Wählenden abbildet – auch die links-grünen! Die Konkordanz – so Brunner – sei wichtig und die SVP habe keine weiteren Sitze beansprucht. In der Tat! Konkordanz – die Teilnahme aller wichtigen Akteure in einem demokratischen System ist wichtig, um nicht in eine Demokratie mit autarkischen Zügen zu verfallen. Wir Schweizer dürfen uns rühmen und stolz sein, eine meines Wissens in der Welt einzigartige Demokratie zu pflegen, die gerade durch die Mitwirkung aller politischen Strömungen zu Stabilität und Fortschritt führt. Aktuell ist jedoch der links-alternative Teil der Wahlbeteiligten nicht im Regierungsrat vertreten.

Ich nehme Sie beim Wort, Herr Brunner. Um dieses Ungleichgewicht wieder ins Gleichgewicht zu bringen, rufe ich alle bürgerlichen Wähler und Wählerinnen auf, insbesondere aber die Wähler und Wählerinnen der SVP, Farbe zu bekennen und Worten Taten folgen zu lassen, damit in Zukunft wieder Rechts bis Links nicht nur im Parlament, sondern auch mit einem ihnen proportional zustehenden Regierungsrat, vertreten ist. Halten Sie ihr Versprechen des «freiwilligen Proporz»!

**Susanne Köhler, Oberwil**

## Vorboten des Herbstes

Derzeit ist sie wieder häufig am Strassenrand zu entdecken: die Hagebutte, eine echte Vitaminbombe. Bild: Rashmi Seshadri

**Zum Thema Sicherheit**

Die Kriminalstatistik 2025 des Kantons Zug bereitet mir Sorge. Als junge Frau möchte ich mich im öffentlichen Raum, auf dem Heimweg am Abend oder auch in den eigenen vier Wänden sicher fühlen. Doch die aktuellen Zahlen zeigen leider in die falsche Richtung. Insbesondere die Zahl der Einbruchdiebstähle ist erneut deutlich angestiegen. Kriminalität ist nicht einfach eine abstrakte Zahl in einer Statistik. Sie beeinflusst das Sicherheitsgefühl der Menschen direkt. Viele junge Frauen kennen das Gefühl, nachts besonders aufmerksam zu sein, den Nachhauseweg sorgfältig zu planen oder sich zu fragen, ob sie alleine unterwegs sein wollen. Auch ich fühle mich auf dem Heimweg teilweise unsicherer als noch vor einigen Jahren. Besonders nachdenklich stimmt mich, dass ein grosser Teil der beschuldigten Täter aus dem Ausland stammt und ausländische Staatsangehörige in der Kriminalstatistik überproportional vertreten sind. Darüber müssen wir offen sprechen dürfen, ohne Probleme schönzureden oder zu tabuisieren. Für mich ist klar: Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für Freiheit und Lebensqualität. Deshalb unterstütze ich die Forderungen der SVP nach mehr Polizeipräsenz, konsequentem Vorgehen gegen Kriminalität und wirksamen Grenzkontrollen. Die SVP setzt sich mit konkreten Vorstössen und Initiativen wie der Grenzschutzinitiative seit Jahren für mehr Sicherheit ein und nicht erst kurz vor Wahlen. Wer hier lebt, soll sich sicher fühlen können, unabhängig von Alter oder Geschlecht. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Zug soll auch künftig ein Kanton bleiben, in dem man sich zu Hause fühlt und sicher unterwegs sein kann. Wer Sicherheit will, muss die Ursachen der Probleme benennen und entschlossen handeln. Wer mehr Sicherheit will, muss am 4. Oktober auch Sicherheit wählen.

**Joleen Güntlisberger, Kantonsratskandidatin SVP, Baar**

**Zum Artikel «Mehr Wohnraum nach einfacheren Regeln»**

Jetzt ist die Katze aus dem Sack: Die «weissen Zonen» bleiben kein Hirngespinst von Investoren mit Dollarzeichen in den Augen. Über eine Anpassung des Planungs- und Baugesetzes sollen sie abgesegnet werden. Was das bedeutet, ist bemerkenswert: In einer weissen Zone können Hochhäuser hochgezogen werden ohne verbindliche Qualitätsvorgaben für Städtebau, Architektur oder Aussenräume. Das bedeutet konkret: Bauen ohne qualifiziertes Verfahren, ohne Bebauungsplan, ohne Mitwirkung der Bevölkerung und ohne echte Einsprachemöglichkeiten. Was bleibt? Eine Planungsvereinbarung zwischen den betroffenen Grundeigentümerschaften. Das ist keine innovative Stadtplanung. Das ist die weitgehende Privatisierung der Stadtentwicklung. Immerhin sollen 40 Prozent der Mehrausnützung preisgünstig sein. Wie ernst der Stadtrat solche Vorgaben nimmt und wie kreativ er bei deren Umsetzung ist, haben wir bei der Umsetzung der 2000-Wohnungen-Initiative der SP bereits erlebt. Auch bei den weissen Zonen wird der Stadtrat dafür sorgen, dass die Investoren möglichst viel bauen können, aber die Vorgaben zum preisgünstigen Wohnungsbau möglichst nicht einhalten müssen. Besonders pikant: Für die Stadt Zug bringen die weissen Zonen beim preisgünstigen Wohnungsbau kaum zusätzlichen Nutzen. Die SP-Initiative stellt bereits sicher, dass in den Verdichtungsgebieten 40 Prozent der neu geschaffenen Wohnungen preisgünstig sein müssen, also nicht nur der Mehrausnützung. Es geht aber um mehr als viele neue Wohnungen. Alle Menschen verdienen ein Wohnumfeld, das Lebensqualität bietet. Das muss nicht teuer sein, erfordert aber die ehrliche Auseinandersetzung mit dem Quartier. Wohin lieblos hochgezogene Verdichtung ohne Qualitätskontrolle führt, zeigen die französischen Banlieues eindrücklich. Je dichter wir bauen, um so mehr müssen wir der Qualität Sorge tragen: richtige städtebauliche Setzung, attraktive Aussenräume, Treffpunkte für Nachbarschaften und eine funktionierende Infrastruktur. Wie die Stadtmacherin Regula Lüscher sagt: Ein Hochhaus muss sich seine Höhe verdienen. Die weissen Zonen opfern alles der privaten Rendite.

**Esther Ambühl, Gemeinderätin SP, Zug**